

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

Gründung 1920, Verlag: Leipzig, Druck: Leipzig, Preis: 10 Pf., Inhalt: 4 Seiten, 1. Jahrgang, Nummer 53

1. Jahrgang

Dienstag, 16. Juni 1925

Nummer 53

In China marschiert die Revolution! Drohnoten Englands und Japans — Kriegsschiffe in Pantau — China stellt die Zahlungen an die Räuber ein

London, 14. Juni. (Telunion.) Großbritannien hat durch seinen Vertreter in Peking der chinesischen Regierung eine Warnung zugehen lassen, daß die antiliberalistische Agitation eingeklinkt werden müsse. Japan hat eine Note an Peking Studenten, Kaufleute, Ladenbesitzer und Arbeitern marschierte heute vor das japanische Konsulat in Peking und forderte den Abbruch der Beziehungen mit Großbritannien. Es handelt sich um die größte Demonstration, die bisher stattgefunden hat.

England überwacht die Lage

London, 14. Juni. (Telunion.) Im Unterhaus wurden heute die Vorgänge in China lebhaft erörtert. Auf eine Frage von Lord Curzon antwortete der Premier, daß die Regierung die Lage sorgfältig überwache. Die chinesische Regierung habe auch zwei höhere Beamte nach Schanghai entsandt, die mit der Untersuchungskommission der Verbandsmächte in Hand arbeiten. In der Nacht der Ereignisse habe er keine Besorgnisse zu empfinden, sondern die Lage ruhig zu beobachten. Die chinesische Regierung zur Zeitigung der Lage helfen würde, was der antiliberalistische Agitation sei die Ursache des gegenwärtigen Unheils. — Die Erklärung von Lord Curzon, daß man in London die Entwicklung der Dinge sorgfältig beobachtet, doch ist, wie der Vertreter der Telegraphen-Agentur an zuständiger Stelle erzählt, vorläufig nicht mit einem Eingreifen der englischen Regierung zu rechnen.

Die Meldungen zeigen, daß die Bewegung in China immer stärker wird. Die Verbände Englands und Japans, die chinesischen Revolutionäre einzuschüchtern, drücken ihren Komplexen nur noch mehr. Die gesamte Bewegung wird sich von der nationalrevolutionären Bewegung hin zum bolschewistischen bewegen. Der Imperialismus erhält so die Schläger in China, die nicht für die übrigen Länder ohne Wirkung bleiben dürften.

Die Erklärung der chinesischen Regierung, daß sie nicht zahlen kann, ist sicherlich nicht allein auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, sondern auch der erste Schritt, sich von dem finanziellen Druck der imperialistischen Mächte zu befreien.

Paris, 14. Juni. (Telunion.) Die englische Warnungsnote an China enthält, wie aus London gemeldet wird, folgende drei Hauptforderungen: 1. Die englischen Soldaten haben ein Feuer

geben, als ihr Leben von der wütenden Menge bedroht war. 2. Großbritannien hat keine Sondermaßnahmen ergriffen, sondern stets im Einverständnis mit den Verbandsmächten gehandelt. 3. Die chinesischen Behörden übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn sie nicht alles tun, was in ihrer Kraft steht, um den fremdenfeindlichen Kundgebungen ein Ende zu machen. — In offiziellen englischen Kreisen legt man großen Wert darauf, daß die japanische Regierung eine Sonbernote an die Regierung von Großbritannien richtete, wodurch der Eindruck entstanden ist, daß letztlich Großbritannien für die Unruhen verantwortlich gemacht werden soll. Die japanische Note, die der japanische Vertreter in Peking dem Ministerium des Auswärtigen überreichte, fordert die chinesische Regierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Wiederholung der jüngsten Vorfälle von Shanghai vermieden wird. In allen Städten, wo fremdenfeindliche Bewegungen zum Durchbruch kommen, haben die europäischen Mächte Vorkehrungen zum Schutze ihrer Untertanen ergriffen. In Peking werden sämtliche Zugangsstraßen zum Legationsviertel mit Stacheldrahtperipheren verbarrikadiert und von Wachposten bewacht. Englische Kriegsschiffe sind im Hafen von Hangkong eingetroffen. Japanische Torpedobootzerstörer haben den Jangtsekiang hinauf. Die Zurückeroberung von Kanton durch die regulären Truppen hatte ein großes Mißgeschick zur Folge. Nach einer Kabinensitzung ist im Hofe von Hangkong ein Aufnahmungsamt von Kriegsgefangenen durch die Polizei aufgehoben worden, das aus Deutschland kommen soll. Die chinesische Regierung hat den Vertretern der ausländischen Mächte mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre finanziellen Verpflichtungen am 25. Juni zu erfüllen.

Zusammenbruch in China

Schanghai, 14. Juni. Das Blatt China-Free Press schreibt: Die wichtigste Tatsache der allgemeinen Lage ist, daß sich einander die persönlichen Differenzen von Militärs und Politikern paralytisch werden lassen und daß die Neigung erkennbar ist, sich teilweise unter den Namen der Einigkeit zu vereinigen. Das Blatt glaubt, möglicherweise werde die Regierung bald gezwungen werden, entweder ein radikales außenpolitisches Programm anzunehmen oder zurückzutreten. Die Vertreter der auswärtigen Konsulate hätten Weisung erhalten, in Schanghai zu bleiben und die Erörterung mit den chinesischen Delegierten fortzusetzen. Diese hätten eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die sich auf die von verschiedenen Kommerzellen und studentischen Vereinigungen am 7. d. M. angenommenen Entschlüsse gründeten.

Erzählt die Freilassung der proletarischen Gefangenen!

Der Amnestiebescheid wurde recht lange hinter den Kulissen gehalten, bis der Öffentlichkeit bekannt wurde, was man will. Diese lange Verschleppung ist darauf zurückzuführen, daß man ein Geleitzug zusammenbraute für die Faschisten, Rathenau und Erzberger-Mörder. Die Arbeiter sollen im Kerker bleiben. Jetzt erzählt man, daß die Straßkämpfer, die nach dem 1. Oktober 1923 begangen sind, nicht amnestiert werden sollen. Die Schandbeschlüsse, die die Reichsregierung bringt, ist eine Verhöhnung des Proletariats. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über die Amnestievorlage der Reichsregierung:

„Was als Inhalt der bevorstehenden Vorlage über die Amnestie mitgeteilt wird, muß allgemein Enttäuschungen hervorrufen. So ist früher immer gesagt worden, in Amnestie alle Straftaten einzubeziehen, die bis zum Tage des Amnestieerlasses abgeurteilt waren oder wegen deren bis dahin ein Verfahren eingeleitet war. Der jetzige Vorschlag, schon bei dem 1. Oktober 1923 einen Streich zu ziehen und alle in den letzten 1 1/2 Jahren begangenen Verbrechen von der Amnestie auszuschließen, ist etwas völlig Neues und läßt sich auf keine Weise rechtfertigen. Das ist nicht mehr eine Amnestie nach Gewohnheit des Rechts, sondern nach politischer Auswahl, und damit etwas, was eine Amnestie unter keinen Umständen sein darf, wenn sie nicht ihren Zweck und ihre Wirkung vollständig verfehlen soll.“

Arbeiter! Klassenkämpfer! Macht die Pläne der Reaktion zunichte! Wehrt die proletarischen Klassenkämpfer!

Der Staatsgerichtshof lehnt Dr. Gumbel ab

Leipzig, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Staatsgerichtshof lehnt im Mecklenburger Spitzelprozess den von der Verteidigung geladenen Sachverständigen Dr. Gumbel für das Festhalten einer falschen Behauptung insbesondere in den Jahren 1920/21 und die Erzielung falscher Pläne ab. Der Vorsitzende begründete die Ablehnung damit, daß dem vorgeschlagenen

Dr. Gumbel, abgesehen davon, daß er Mathematiker sei, der nach den Grundsätzen der Heideberger Fakultät notwendige Grad von Objektivität fehle.

Stahlhelmbanden werden freigesprochen

Breslau, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Während im Prozeß wegen der Zusammenhänge in Striegau Reichsbannerarbeiter zu Strafen bis zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, wurden gestern die Stahlhelmbanden, die den Überfall inszeniert hatten, freigesprochen, nachdem sie in erster Instanz zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren.



Wirtschaftskrise — Lohnbau Was tut der UFA?

Noch kommt die Last der Dawesforderungen erst zum geringsten Teil zur Ausführung in Deutschland. Noch sind erst 1,2 Milliarden Mark zu zahlen. In wenigen Jahren soll diese Summe auf das Doppelte, auf 2,5 Milliarden steigen. Aber schon jetzt sind die Lasten, die durch den Dawesvertrag den Arbeitern aufgeladen werden, unerträglich. Die neuauftretende Wirtschaftskrise in Deutschland, die zeigt, daß es für die kapitalistische Gesellschaft keine Rettung mehr gibt, zeigt, daß die Arbeiter, die den Reben der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaften geglaubt haben, um ihre Illusionen betrogen sind. Um die Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegzuführen, wurde immer nur von Stabilisierung und Sanierung geredet. Jetzt beweisen die Tatsachen das Gegenteil. Die neue Krise kann von den Kapitalisten nur um den Preis noch größerer Ausbeutung der Arbeiter hinausgezögert und nochmals ausbalanciert werden. Der Angriff der Unternehmer richtet sich dabei gegen die Löhne der Arbeiter.

Wenn die Unternehmer etwas erreichen wollen, dann geben auch sie für Momente das heuchlerische Gezecke auf und enthalten die Dinge wie sie sind. So heißt die „Arbeitgeberzeitung“ vom 14. d. M. über: „Rebungen... über den Arbeitsmarkt in den vergangenen sechs Monaten, aus denen sich ergeben ließ, daß „trotz gelegentlicher Schwankungen die aufsteigende Linie anhält“. Das ist leider Spiegelschere! ... Der etwas tiefer liegt, muß bemerken, daß eine sehr große veritete Arbeitslosigkeit vorhanden ist, die sich bald nicht mehr verbergen lassen kann.“ Weiter heißt es, daß die Betriebsbedingungen, die Entlohnungen und Einschränkungen zunehmen. Die Passivität der Handelsbilanz ist während der letzten Monate im ständigen Anstieg. Der Finanzminister Reinhold ankündete, daß das Jahr 1925 das Jahr der Stabilisierung der Handelsbilanz sein müsse, erklärte damals der UFA-Verleiher, daß die Handelsbilanz in weit höherem Maße passiv werde wie 1924. Jetzt schreibt die „Arbeitgeberzeitung“, daß wenn es so fortgeht wie in den letzten Monaten, dann wird das Jahr 1925 eine Passivität der Handelsbilanz von 5 Milliarden Mark ergeben.

Was hat nun macht die „Arbeitgeberzeitung“ diese Feststellungen? Nun es gilt einen Vorstoß gegen die Föhre der Arbeiter. Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt: „Die deutsche Lohnkurve entspricht in ihrem Anstiege nicht der Wirtschaftskurve. Die Politik der Wirtschaftspolitik auch in der Gestaltung der Arbeitstabelle und -bedingungen muß weitgehende Verbilligung der Produktion sein. Lohnherabsetzungen, die zu Preisverhöhungen führen, können heute nicht verantwortet werden.“

Wir brauchen uns hier nicht mit der von den Kartellen schon oft genug widerlegten Behauptung, daß die Löhne die Preise erhöhen“ auseinanderzusetzen, hier interessiert uns nur die Feststellung, des Anstiegs auf die so schon miserablen Löhne. Da die Unternehmer wissen, daß sie aber einen solchen Vorstoß gegen den eingeschlossenen Willen der Arbeiter nicht durchführen können, rufen sie die arbeitgeberzeitungliche Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie an: „Trotzdem soll die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß die Führer der Gewerkschaften, die oft und jetzt wieder dargebotene Hand der Arbeitgeber ergriffen und gemeinsam mit ihnen und der Reichsregierung auf Mittel und Wege können, um der Arbeiterzeitung wenigstens Arbeit und Verdienst zu erhalten — aber Eile tut not.“

Das heißt mit anderen Worten, die Gewerkschaften sollen ihre oft bewährte Hilfe für das Kapital auch jetzt einsehen, damit die Löhne noch mehr herabgesetzt werden, die Arbeitszeit verlängert wird. Diese Forderung erfolgt jetzt wo die Preise aller Waren geradezu springend emporklettern. Die Ankündigung der neuen Zölle, die Einschränkung des Geldumlaufs und die neue Steuerbelastung macht sich schon jetzt in den steigenden Preisen bemerkbar. Nun sollen nach dem Zolltarif folgende Zölle auf die Waren gelegt werden:

Waren	Doppelzentner	3,99 Mark
Weggen	3,50	Mark
Weizen	2,00	Mark
Gerste	3,50	Mark
Hafel	18,75	Mark
Blchl	15,00	Mark
Lebendes Rindvieh	15,00	Mark
Lebendes Schwein	15,00	Mark
Gefrorenes Fleisch	45,00	Mark
Margarine	30,00	Mark
Teigwaren	10,00	Mark

Dazu kommen die Zölle auf Industriemotoren, von denen wir vergangen Sonnabend einen Teil ankünderten und die Kartoffelzölle. Die wichtigsten Nahrungsmittel für die arme Bevölkerung werden wieder am schwersten getroffen. So kommt denn auf 1 Pfund Margarine 15 Pfennige, auf 1 Pfund gefrorenes Fleisch 22,5 Pfennige, auf 1 Pfund Schweine- oder Rindfleisch (lebend) 9 Pfennige. Das bedeutet, daß die tatsächliche Steigerung natürlich noch viel mehr sein wird. Und da kommen die Unternehmer mit